

Underdog mit guten Chancen

Kamala Harris und die Anknüpfungspunkte für einen Stimmungswandel in den USA

Von *Laura von Daniels*

Im Rennen um die US-Präsidentschaft bleibt Kamala Harris der Underdog. Sie hat sich selbst so bezeichnet. Trotzdem lässt sie keinen Zweifel an ihrem Anspruch aufkommen, die Wahl Anfang November zu gewinnen. Wie wäre das möglich? Seitdem Joe Biden seine Kandidatur aufgegeben hat, konnte Harris einigen Boden gutmachen, der für die Demokraten schon verloren schien. Nach ihrem Blitzstart als Kandidatin gelang es ihr mit viel Geschick, die eigene Partei hinter sich zu vereinen. Harris hat ihr eine neue Dynamik verliehen und die Hoffnung auf einen günstigen Wahlausgang wiederbelebt.

Anfangs konnte sie dafür einen großen Stimmenzuwachs verbuchen. Gemeinsam mit ihrem Vizepräsidentenskandidaten Tim Walz hat Harris die Demokraten bei ihrem Nominierungsparteitag im August auf einen brutal kurzen und erwartbar harten Wahlkampf eingestimmt. Sämtliche Parteigranden haben sie darin unterstützt – vom pragmatischen Flügel, vertreten durch Bill und Hillary Clinton sowie Barack und Michelle Obama bis zum linken Flügel, vertreten durch Alexandria Ocasio-Cortez, Bernie Sanders und Elisabeth Warren. Bekannte Kritiker von Donald Trump aus der Republikanischen Partei erklärten öffentlich ihre Unterstützung für Harris. Sie alle eint das Ziel, Trump von einer



Laura von Daniels ist als Forschungsgruppenleiterin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik zuständig für Amerika. Ihre Forschungsgebiete sind die Handelspolitik, das internationale Finanzsystem und die transatlantischen Beziehungen.

laura.daniels@swp-berlin.org

zweiten Amtszeit als Präsident abzuhalten. Sie sehen in ihm die größte Bedrohung für die Demokratie in den Vereinigten Staaten.

Seit dem Wahlparteitag hat Harris ihre Position in den Umfragen gerade so konsolidieren können. Eine neue Woge der Zustimmung blieb jedoch aus. Das Land ist weiter polarisiert. Alle Umfragen bestätigen ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die Trump als Kandidaten befürworten, liegt bei 43 Prozent. Wahlstrategen

»Eine neue Woge der Zustimmung blieb seit dem Wahlparteitag aus.«

sagen, dass dieser Wert auf über 47 Prozent steigen müsste, damit er gewinnt. Aber auch Harris' Zustimmungswert ist bisher nicht über 46 Prozent gestiegen. Viel Zeit bleibt nicht, um die Wechselwähler/innen für die Demokraten zu gewinnen. Bereits seit dem 16. September ist die Stimmabgabe per Briefwahl praktisch möglich. Den Anfang machte Pennsylvania. Harris wird diesen Bundesstaat brauchen. Ohne die Mehrheit dort werden ihr mit hoher Wahrscheinlichkeit die notwendigen Stimmen im Electoral College fehlen.

Welche Gruppen muss Harris erreichen?

Um ins Weiße Haus einziehen zu können, muss Harris in erster Linie unentschlossene Wählerinnen und Wähler in den sogenannten Swing States, in denen mal die eine, mal die andere Partei gewinnt, überzeugen. Hierzu zählen die Staaten Wisconsin, Michigan, Pennsylvania, Georgia, Nevada und Arizona. Vereinzelt wird auch North Carolina dazu gezählt. Hier muss sie gewinnen, darf aber gleichzeitig auch das Stammpublikum – die US-Mittelschicht in den Bundesstaaten, die schon lange von den Demokraten regiert werden – nicht verprellen.

Landesweit liegt Harris in Umfragen bei den Frauen vorne. 55 Prozent möchten sie als Präsidentin sehen, lediglich 41 Prozent tendieren zu Trump. Harris' Anhängerinnen erhoffen sich von ihr, dass sie ein landesweit geltendes Recht auf Abtreibung gesetzlich verankert, nachdem der Supreme Court mit einer Mehrheit konservativer Richterinnen und Richter dieses Recht 2022

»Für viele Frauen und deren Partner geht es bei der Wahl um das gesamte Thema der Reproduktionsgesundheit.«

fundamental eingeschränkt hat. Der oberste Gerichtshof hat damit den Bundesstaaten die Möglichkeit gegeben, Abtreibungen erneut unter Strafe zu stellen. Für viele Frauen, aber auch für deren Partner geht es bei der Wahl um das gesamte Thema der Reproduktionsgesundheit.

Das schließt das Recht auf Abtreibung, aber auch die Müttergesundheit beziehungsweise den Kampf gegen die in den USA für ein Industrieland besonders hohe Müttersterblichkeit ein. Außerdem wünschen sie sich ein US-weites Recht auf künstliche Befruchtung für Paare, die sich entscheiden, auf diesem Weg Kinder zu bekommen. Dafür tritt auch der Vizepräsidentenkandidat Walz lautstark – und mit Verweis auf seine eigene Biografie und Familienplanung – ein.

4

Bei den Männern liegt Trump seit Beginn des Wahlkampfs mit einem Anteil von 56 Prozent vorne, 39 Prozent stehen auf der Seite von Harris. Die hohen Zustimmungswert für Trump überdecken allerdings, dass Trump nicht von allen Männern bevorzugt wird. Bei der letzten Wahl erhielt Joe Biden eine Mehrheit bei Männern mit höheren Studienabschlüssen. Aktive Unterstützung erfährt Harris offenbar vor allem bei den einkommensstarken afroamerikanischen Männern mit hohen Bildungsabschlüssen. Hingegen wenden sich viele der schlechter ausgebildeten afroamerikanischen und Latino-Männer in den letzten Jahren von den Demokraten ab. Sie sehen ihre Aufstiegschancen in der US-Gesellschaft durch die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre als gefährdet an.

Sie fühlen sich darüber hinaus auch durch den wirtschaftlichen Aufstieg von Frauen bedroht. Die Einkommen von Frauen nähern sich zunehmend denen ihrer männlichen Kollegen an. Inzwischen wird außerdem die Mehrheit der neu gegründeten kleinen und mittelständischen Unternehmen von Frauen geführt. Trump konnte 2020 seinen Stimmenanteil unter Afroamerikanern und Latinos mit geringer Ausbildung, die traditionell für die Demokraten stimmen, stark ausbauen. Harris und Walz müssen versuchen, hier Stimmen zurückzugewinnen. Gegen die Verlustängste dieser Männer lässt sich argumentativ schwer ankommen. Trotzdem muss Harris auf diese Gruppen zugehen und ihnen überzeugende politische Angebote machen.

Reizthema Israel und Gaza

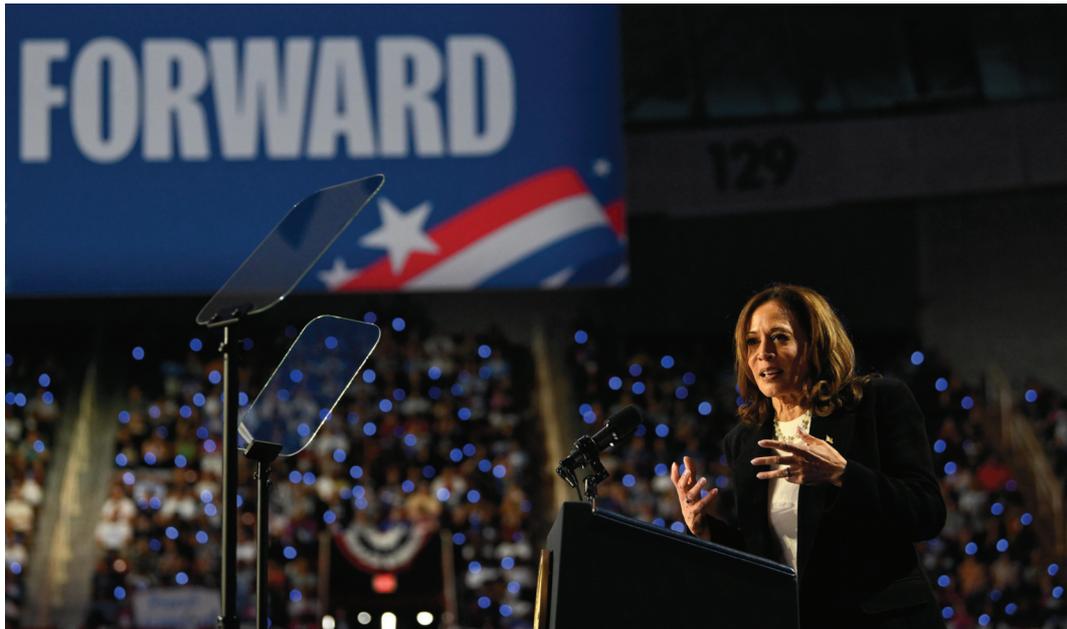
Insgesamt liegt Harris bei den jungen Wählerinnen und Wählern unter 45 Jahren klar vorne. Besonders hoch ist die Zustimmung unter den 18- bis 29-Jährigen. In den Monaten vor dem Kandidatenwechsel hatte sich diese Altersgruppe zunehmend von Biden abgewandt und drohte gar nicht wählen zu gehen oder für Drittkandidaten wie Robert F. Kennedy oder Jill Stein zu stimmen. Einer der Hauptgründe lag in Bidens Gaza-Politik, die aus Sicht vieler stark politisierter junger Menschen als einseitig pro-israelisch wahrgenommen wird. Die Campusproteste gegen Israels Krieg in Gaza als Reaktion auf den brutalen Angriff auf Israel am 7. Oktober und die Geiselnahmen durch die Hamas haben in den USA die Sorge vor sozialen Unruhen wachsen lassen.

Auf der einen Seite könnte die Ablehnung von Bidens Gaza-Politik die Demokraten bei jungen Wählerinnen und Wählern und auch bei den pro-palästinensischen Angehörigen der muslimischen Minderheit in mehreren Swing States wichtige Stimmen kosten. Allein in Michigan leben beispielsweise rund 240.000 muslimische US-Bürgerinnen und Bürger. Auf der anderen Seite könnte eine Ausweitung der Campusproteste Harris und die Demokraten wichtige Stimmen im weiteren demokratischen Lager kosten, weil so der Eindruck entstehen könnte, dass der Präsident und die Vize-Präsidentin die Lage nicht unter Kontrolle haben. Harris setzt auf eine differenzierte Position: Sie hat sich zum Selbstverteidigungsrecht Israels bekannt und dem Staat die weitere US-Unterstützung zugesagt. Sie fordert die sofortige Freilassung der noch lebenden Gei-

»Harris setzt auf eine differenzierte Position.«

schen Angehörigen der muslimischen Minderheit in mehreren Swing States wichtige Stimmen kosten. Allein in Michigan leben beispielsweise rund 240.000 muslimische US-Bürgerinnen und Bürger.

Auf der anderen Seite könnte eine Ausweitung der Campusproteste Harris und die Demokraten wichtige Stimmen im weiteren demokratischen Lager kosten, weil so der Eindruck entstehen könnte, dass der Präsident und die Vize-Präsidentin die Lage nicht unter Kontrolle haben. Harris setzt auf eine differenzierte Position: Sie hat sich zum Selbstverteidigungsrecht Israels bekannt und dem Staat die weitere US-Unterstützung zugesagt. Sie fordert die sofortige Freilassung der noch lebenden Gei-



US-Präsidentenskandidatin Kamala Harris beim Auftakt ihrer »New Way Forward Tour« in Charlotte, North Carolina.

seln durch die Hamas und strebt ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und der Hamas an.

In der TV-Debatte mit Trump hat Harris allerdings auch erklärt, es käme ihr darauf an, wie Israel diesen Krieg führe. Die Präsidentschaftskandidatin fordert eine Zweistaatenlösung und will den Palästinensern beim Wiederaufbau Gazas helfen. Sie fordert von Israel mehr Zugeständnisse als der amtierende Präsident Biden. Ob diese Aussagen den jungen Wählerinnen und Wählern und auch den Muslimen in Michigan und andernorts reichen werden, um Harris die Stimme zu geben, bleibt offen.

Auch eine Positionierung in der Klimapolitik ist für Harris zwiespältig. Einzelnen klimaaktivistischen Kräften, vor allem unter jungen Wählerinnen und Wählern, ging Bidens Einsatz für die Reduzierung von CO₂-Emissionen bisher nicht weit genug. Sie fordern ein schnelleres Ende der Kohle- und Gas-Förderung in den USA. Kamala Harris wurde jedoch von anderer Seite vorgehalten, sie habe sich für einen Stopp der US-eigenen Fracking-Gas-Förderung ausgesprochen, was die Energiekosten in die Höhe treiben und der US-Mittelschicht schaden würde. Außerdem bedrohe eine einseitig auf Wind- und Solarenergie setzende Politik die US-Energieunabhängigkeit und die nationale Sicherheit. Harris hat inzwischen mehrfach – auch im TV-Duell gegen Trump – unterstrichen, dass sie kein generelles Frackingverbot befürworte, jedoch die Klimamaßnahmen Bidens fortführen wolle. Im besten Fall reicht ihr diese Mittelposition aus, um nicht zu viele Stimmen zu verlieren.

»Im besten Fall reicht ihr die Mittelposition in der Klimapolitik aus, um nicht zu viele Stimmen zu verlieren.«

6

In den verbleibenden Wochen muss Kamala Harris alles daransetzen, einige hunderttausend Stimmen der bisher für sie schwer zu erreichenden Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. So zweifelt immer noch eine Mehrheit der US-Befragten an ihrer Wirtschaftskompetenz. Ihr trauten Anfang September nur 48 Prozent der Befragten zu, die Wirtschaft besser zu führen als Donald Trump. Harris weist in öffentlichen Debatten mit Recht auf die schlechte wirtschaftliche Lage hin, in der Biden die Präsidentschaft von Trump übernommen hat. Biden hat eine Reihe richtungsweisender Gesetze durch den Kongress gebracht, um die Infrastruktur des Landes zu erneuern und die Wettbewerbsfähigkeit der US-Produktion erheblich zu stärken. Er hat der grünen Transformation der Wirtschaft den Weg geebnet. Die Inflation der vergangenen Jahre ist unter vier Prozent gefallen und das wirtschaftliche Wachstum entwickelt sich stabil.

Eigentlich muss sich Bidens Wirtschaftsbilanz nicht verstecken. Doch die US-Wählerinnen und -Wähler lasten Biden vor allem die negative Inflationserfahrung an, vor allem den Anstieg

»Harris muss Angebote machen, die der US-Mittelschicht eine bessere Zukunft versprechen.«

der Immobilienpreise und einzelner Lebenshaltungskosten. Wahlstrategisch ist es daher für Harris richtig, sich von Bidens Wirtschaftspolitik etwas zu dis-

tanzieren. Vor allem muss sie Angebote machen, die der US-Mittelschicht eine bessere Zukunft versprechen. Dazu helfen ihr klare Botschaften zu ihren Steuerplänen und Investitionen in die US-Wirtschaft. Zu konkret darf sie dabei aber auch nicht werden, sonst wird das Trump-Lager weiter Aussagen aus der Vergangenheit ausgraben, die ihren heutigen Positionen widersprechen.

Das gleiche gilt auch für die Migrationspolitik. Nur 46 Prozent sehen Harris im direkten Vergleich mit Trump in diesem Feld als kompetenter an. Mit den nicht enden wollenden verbalen Attacken auf Migranten mag Trump im TV-Duell allerdings über das Ziel hinausgeschossen sein. Mit solchen Auftritten droht er noch unschlüssige Wählerinnen und Wähler zu verschrecken. Davon könnte Harris profitieren. Zu ihren eigenen Vorstellungen für eine bessere Migrationspolitik äußerte Harris sich nur vage. Wem die US-Wählerinnen und -Wähler in dieser Frage mehr zutrauen, wird sich in den Umfragen der nächsten Wochen erstmals zeigen.

Erstklassiges Wahlkampfteam

Aus der TV-Debatte mit ihrem Gegner ging Harris als klare Gewinnerin hervor. Aber daraus lässt sich nach aller Erfahrung nichts für den Ausgang der Wahl ableiten. An ihrem souveränen Auftreten und den klar und auf einzelne Gruppen zugeschnittenen politischen Botschaften dürften die erstklassigen Wahl-Strateginnen und -strategen um Harris einen erheblichen Anteil haben. Neben dem Team von Joe Biden hat sich Harris den Politikberater David Plouffe, der für Barack Obama 2008 die überragende Präsidentschaftskampagne entwickelte, in ihr Hauptquartier geholt. Der Harris-Kampagne stattete zuletzt auch die Chefin des Strategieteams des vor Kurzem gekürten britischen Premierministers Keir Starmer einen Besuch ab. Sie bringt Erfahrung aus mehreren Wahlkämpfen für die britische Labour-Party mit – möglicherweise mit wichtigen Hinweisen da-

rauf, wie es Harris gerade in den Swing States gelingen könnte, ehemalige Stammwählerinnen und -wähler in ihr Lager zurückzuholen.

Für die Wahl selbst könnte für Harris vor allem die Unterstützung einer »Armee« von inzwischen über 200.000 Freiwilligen nutzen, um in den Swing States noch potenzielle Wählerinnen und Wähler für die Wahl zu registrieren. Bestimmten Gruppen wird es zum Teil von den Gouverneuren und Wahlbehörden einzelner Bundesstaaten – etwa in Georgia – bewusst schwer gemacht, ihre Stimme abzugeben. Und auch der offene Wahlauf Ruf von Taylor Swift könnte Harris dabei helfen, dass am Ende genug Stimmen für sie und die Demokraten abgegeben werden. Dann könnte es für einen Wahlsieg der Demokraten reichen und für Harris' Plan, als Underdog und als erste weibliche Person of Color ins Weiße Haus einzuziehen. ✕